Abg. Tüttenberg erläuterte, man sehe aus verschiedenen Gesichtspunkten Anlass, dieses Ortsentlastungsprojekt voranzutreiben. So habe man den Eindruck gewonnen, dass das Projekt „vor sich herdümpele“, was auch bei den betroffenen Bürgern vor Ort so ankomme. Dies habe den BUND sogar dazu veranlasst, eine 10-jährige Denkpause vorzuschlagen, dem er mit Nachdruck widersprochen habe. Bereits im vergangenen Jahr sei beschlossen worden, dass die Detailplanungen vorgelegt und die Vorfinanzierung mit dem zuständigen Ministerium abgestimmt werden sollten. Da man seit nunmehr acht Monaten hiervon nichts mehr gehört habe, stelle sich die Frage, wie derzeit der Stand der Detailplanung sei, ob eine Abstimmung der Vorfinanzierung stattgefunden habe und wann mit dem Baurecht zu rechnen sei. Er verwies auf den seinerzeit hierzu eingebrachten Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, wonach dieses Projekt auch Folgewirkungen für die Ortsentlastung Sieglar/Eschmar - L 332 – habe, auf die man bereits sehr lange warte und für die man voraussichtlich Ende 2008/Anfang 2009 Baurecht erhalte. Die Maßnahmen seien aber in zwei Baustufen aneinander gekoppelt. Verzögerungen bei dem Bauabschnitt K 29 würden sich insoweit auch auf den Bauabschnitt L 332 auswirken. Da der als Voraussetzung für den Bau der L 332 deklarierte Bau der Ortsumgehung Kriegsdorf noch nicht so weit in der Vorbereitung sei, dass parallel gebaut werden könnte, käme es auch bei der L 332 zu weiteren Verzögerungen. Der Kreis „hinke“ hier für seinen Teil hinterher und er frage nach den Gründen hierfür. Zwar sei niemand gegen dieses Projekt, es gebe aber durchaus Unterschiede in der Frage, ob man zu Entscheidungen bereit sei, die das Projekt schneller vorantreiben.

Abg. Heuel führte aus, er habe den Sachstand aus den Beratungen in der Verkehrskommission des Regionalrates im April dieses Jahres bereits vorgetragen. Weil das Verfahren mit der L 332 in Troisdorf schon so lange laufe, habe man dieses - auf Vorschlag des Landesbetriebs Straßenbau - aufgrund der geltend gemachten rechtlichen Einwände in zwei Baustufen aufgeteilt. Die 1. Baustufe von Süden kommend münde auf die K 29, die in die Zuständigkeit des Rhein-Sieg-Kreises falle. Der Rhein-Sieg-Kreis habe die Planunterlagen pünktlich zum 31.05. beim Regierungspräsidenten vorgelegt. Die Stadt Troisdorf erarbeite nunmehr einen Bebauungsplan sowohl für den Bereich der K 29 als Ortsumgehung Kriegsdorf, als auch für die L 332, der im September im Stadtrat beschlossen werden solle. Nach der Beschlussfassung im Rat könnten betroffene Bürger hiergegen bis zu 12 Monate lang Widersprüche erheben. Man wisse aber, dass die K 29 bei den geteilten Baustufen zwingend parallel gebaut werden müsse, da bei einer früheren Fertigstellung der L 332 die Ortslage Kriegsdorf unzumutbar belastet würde. Zudem sei vom Landesbetrieb Straßenbau auch ein Flurbereinigungsverfahren eingeleitet worden, da der Grunderwerb auf anderem Wege nicht möglich sei. Insoweit müsse man jetzt zuwarten, bis das Verfahren ordentlich abgelaufen sei, wobei „der Ball derzeit in Troisdorf liege“. Behauptungen, der Kreis „hinke hinterher“, seien daher unredlich. Im Übrigen möge die SPD-Kreistagsfraktion einmal darlegen, wie sie diese Maßnahme vorfinanzieren wolle, zumal sie den bestehenden Haushalt abgelehnt habe.

Abg. Hartmann lehnte die Argumentation, wer dem Haushalt nicht zustimme, dürfe ein Jahr lang nichts mehr sagen, ab. Er verwies hierzu auch auf die Ausführungen des Regierungspräsidenten zur Verschuldungspolitik im Zuge der Genehmigung des diesjährigen Haushalts, was manche Debatten abkürzen würde. Dieses Projekt mit wesentlicher Entlastungsfunktion für die Anwohner solle nunmehr gemeinsam mit allen Mitteln vorangetrieben werden. Er gehe davon aus, dass man im nächsten Finanzausschuss Informationen zum Ausführungsstand des Haushalts erhalte und dann entscheiden könne, wie der notwendige Betrag erarbeitet werden könne bzw. aufgrund der Haushaltsentwicklung ohnehin zur Verfügung stehe.

Für Abg. Finke war entscheidend, welche Bebauungsvorgaben beschlossen würden und wie das Beteiligungs- und das Flurbereinigungsverfahren verlaufe. Er sehe hier viele Hindernisse.

Umso mehr müsse der Kreis auch weiterhin seine Absichten gezielt hier einbringen, um das Projekt voranzutreiben. Hierzu würde der beantragte Beschluss durchaus nützlich sein, wobei die Kautel „Vorfinanzierung ab Baurecht“ im Antrag berücksichtigt sei. Dies wäre auch im Hinblick auf die sehr lange Verfahrensdauer ein wichtiges Signal des Kreises, zumal es in der Sache keinen Dissens gebe.

Abg. H. Becker sah keinen Grund, warum die K 29 im Rahmen der Vorfinanzierung von Landes- und Fremddanteilen anders behandelt werden sollte als vergleichbare Projekte im Kreis. Deswegen könne er diesem Antrag nicht zustimmen und rate dazu, abzuwarten, bis das Baurecht vorliege.

Abg. Hurnik verwies auf die Tatsache, dass man derzeit noch nicht über die zum Bau erforderlichen Grundstücke verfüge. Soweit er die Sachlage vor Ort kenne, sei der Grundstückseigentümer nicht freiwillig bereit, die Grundstücke abzugeben. Im diesjährigen und in den folgenden Haushaltsplänen seien aber als bereits Grundstücks- und Erwerbskosten der K 29 veranschlagt worden. Es gebe insoweit überhaupt keinen Zweifel, dass dieser Kreistag das Projekt in ordnungsgemäßen Schritten vorantreibe. Sobald die Planrechte vorlägen und der Grunderwerb abgeschlossen sei, werde gebaut, was nach den jetzigen Regelungen im Frühjahr des Jahres 2010 sein werde. Vorher werde man dort auch kein Baurecht herstellen können. Soweit man heute aber eine Vorfinanzierung beschließe, entziehe man das Geld dem Haushaltsplan dieses Jahres für andere Maßnahmen. Deshalb müsse die SPD-Kreistagsfraktion darstellen, welche anderen Maßnahmen sie stattdessen in diesem Bereich zurückstellen wolle.

Ltd. KVD Ganseuer wies darauf hin, dass die Vorfinanzierung einer Straßenbaumaßnahme erst möglich sei, wenn der Einplanungsbescheid vorliege. Der Einplanungsbescheid sei dem Kreis Ende Mai diesen Jahres zugegangen. Man sei nunmehr in Gesprächen mit der Bezirksregierung, ob es eine Vorfinanzierung auf dieser Basis geben könne. Auf Antrag der CDU-Kreistagsfraktion habe man diese Maßnahme aber bereits vorsorglich in die Haushalte 2008 ff. ohne Gegenfinanzierung durch Landesmittel eingestellt. Fakt sei aber auch, dass man die Grunderwerbsverhandlungen für die K 29n als gescheitert ansehen müsse, weil die Grundstückseigentümer nicht gewillt seien, die erforderlichen Flächen für den Ausbau der K 29 zur Verfügung zu stellen. Man habe deshalb bei der Bezirksregierung beantragt, den Grunderwerb für die K 29 innerhalb des Flurbereinigungsverfahrens für die Landstraße zu tätigen.

Abg. J. Becker merkte an, der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion sei für den laufenden Haushalt 2008 ohne konkrete Finanzierungssumme und ohne Deckungsvorschlag eingebracht worden. Dies sei unseriös. Es gehe auch nicht darum, hier „Signale zu senden“, da die ausfinanzierte Kreisbeteiligung an dieser Maßnahme bereits im laufenden und den folgenden Haushalten berücksichtigt sei.

Abg. Tüttenberg entgegnete, im Antrag seiner Fraktion gehe es nicht um den Haushalt 2008, sondern um die Grundsatzklärung des Kreises, dass man eine Vorfinanzierung ab Baurecht für richtig halte. So sei bisher lediglich die Abstimmung der Vorfinanzierung mit dem Ministerium beschlossen worden. Soweit das Ministerium einer Vorfinanzierung zustimme, müsse der Kreis „Farbe bekennen“. Deshalb sei es nicht schädlich, diese Sache zu beschließen.

Ltd. KVD Karcher verdeutlichte, man habe beim letzten Termin bei der Bezirksregierung dem Beschluss folgend vorgetragen. Die Idee der Koppelung des Baus der L 332 und der K 29 sei vor dem Hintergrund der Erzielung eines höheren Verkehrswertes im Regionalrat entstanden. Dieser planerische Zusammenhang sei auch im sog. Einplanungsgespräch mit dem Ministerium vorgetragen worden. Die planerischen Zeitabläufe seien hierbei so vorgesehen, dass sie

zusammenpassen. Es sei zudem in Aussicht gestellt worden, diese finanzielle Koppelung als Junktim zu berücksichtigen.

Abg. H. Becker regte an, über den Antrag heute abzustimmen und ihn nicht mehr in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen. Hierzu bestand Einvernehmen.